

V0605/24

öffentlich



FW-Fraktion, Kupferstraße 3, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 02.08.2024

Telefon (0841) 9 31 12 33

Telefax (0841) 9 31 22 20

E-Mail geschaeftsstelle@fw-ingolstadt.de

**Deutsche Umwelthilfe - Hitzecheck Juli 2024
-Antrag der FW-Stadtratsfraktio vom 02.08.2024-**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Scharpf,

die FREIE WÄHLER Stadtratsfraktion stellt anlässlich des Berichts der Deutschen Umwelthilfe zum Thema Hitzecheck Juli 2024 nachfolgenden Antrag.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, erklärende Informationen (Grundlagen, Bewertungsverfahren, Systematik, Fehlerquellen für Fehlinterpretationen) bei der Deutschen Umwelthilfe einzuholen und diese dem Stadtrat in geeigneter Form zu präsentieren. Idealerweise wird ein Vertreter der Deutschen Umwelthilfe als Referent in eine Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses oder eine Stadtratssitzung eingeladen, um entsprechende Erklärungen abzugeben und für Rückfragen der Stadträtinnen und Stadträte zur Verfügung zu stehen.
2. Die Verwaltung stellt dem Stadtrat dar, inwieweit die von der Stadt Ingolstadt beauftragte Klimaanalyse aus dem Jahr 2022 zu gleichen oder abweichenden Ergebnissen wie der Hitze-Check 2024 der Deutschen Umwelthilfe kommt und ggf. warum.
3. Die Verwaltung stellt dem Stadtrat dar, auf welchen Grundlagen die erfolgte Gegendarstellung der Stadt Ingolstadt beruht und weshalb die Deutsche Umwelthilfe auch dieser Darstellung der Stadt Ingolstadt sofort erneut widersprochen hat.
4. Die Verwaltung stellt dem Stadtrat dar, welche negativen Konsequenzen der, gegebenenfalls mangelhafte, Bericht der Deutschen Umwelthilfe für Ingolstadt hat und wie wir gegebenenfalls dagegen vorgehen, um Schaden von der Stadt Ingolstadt abzuwenden.
5. Darüber hinaus erhält der Stadtrat Informationen, welche konkreten Maßnahmen aus der für die Stadt Ingolstadt angefertigten Klimaanalyse aus dem Jahr 2022 ergriffen wurden. Insbesondere soll auf den Gesichtspunkt der Nachverdichtung in bestehenden

Wohnvierteln eingegangen werden, bei denen durch immer massivere Bebauung die für den Klimaschutz und die Aufenthalts-/ Wohnqualität erforderlichen Grün-/Freiflächen und großen Baumbestände massiv reduziert werden.

6. Den Stadträtinnen und Stadträten ist darzustellen, welche planungsrechtlichen und baurechtlichen Möglichkeiten aus Sicht der Verwaltung bestehen, der mittlerweile raumgreifenden Nachverdichtung aus Sicht des Stadtklimaschutzes Einhalt zu gebieten.

Begründung:

Der öffentliche Diskurs und die negative Außenwirkung um den von der Deutschen Umwelthilfe erstellten Hitzecheck ist, im Interesse unserer Stadt, aufzuklären.

Herzlichen Dank für Ihre Mühe vorab.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Hans Stachel, Fraktionsvorsitzender
der FREIEN WÄHLER Stadtratsfraktion Ingolstadt